

Volker Dornquast
Große Lohe 1
24558 Henstedt-Ulzburg

An die
Staatsanwaltschaft Lübeck
Travemünder Allee 9
23568 Lübeck

Kiel, den 23.01.2015

Strafanzeige
gegen Frau Agnete Mauruschat,
gegenwärtig Leiterin der Justizvollzugsanstalt Lübeck,
Dienstanschrift: Marliring 41, 23566 Lübeck
wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich Strafanzeige gegen

Frau Agnete Mauruschat ,
gegenwärtig Leiterin der Justizvollzugsanstalt Lübeck,
Dienstanschrift: Marliring 41, 23566 Lübeck

wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt gemäß § 258 a StGB.

Begründung:

Frau Mauruschat ist Leiterin der Justizvollzugsanstalt in Lübeck.

Am 24.12.2014 gegen 17:00 nahmen vier Untersuchungshäftlinge einen Mitarbeiter der JVA als Geisel. Dies wurde dadurch ermöglicht, dass sich der Haupttäter im Rahmen eines Umschlusses in einer Zelle mit drei anderen Gefangenen aufhielt. Der Mitarbeiter wurde durch Vortäuschung eines medizinischen Notfalls in die Zelle gelockt und wurde dort von den Häftlingen überwältigt und anschließend mit einem Messer an der Kehle mit dem Tode bedroht. Ziel war offensichtlich eine Flucht aus der Anstalt.

Im Laufe der Geiselnahme verließen die Täter gemeinsam mit dem immer noch bedrohten Mitarbeiter die Zelle und verlangten u.a. die Öffnung mehrerer Türen.

Die Geiselnahme konnte nach 10 bis 15 Minuten durch Mitarbeiter der JVA beendet werden.

Die Anstaltsleiterin, Frau Mauruschat, wurde telefonisch gegen 17:30 Uhr über den Vorfall unterrichtet. In einem Gespräch mit der Inspektorin vom Dienst gab Frau Mauruschat die Anweisung, die Polizei nicht einzuschalten.

Nach der Tat fand keine gerichtsverwertbare Untersuchung der Geiselnehmer auf Alkohol oder Drogen statt. Auch eine Sicherung von Tatspuren, z.B. auf den Fluren erfolgte nicht. Lediglich die Zelle, in der sich die Täter zu Beginn aufgehalten haben, wurde versiegelt.

Eine Einschaltung der Polizei fand erst – auf Druck von Mitarbeitern der Anstalt – um 16:44 Uhr am darauffolgenden Tag statt. Eine Sicherung von Tatspuren erfolgte erst am 29.12.2014.

Bei einer Geiselnahme nach § 239 b StGB handelt es sich um einen Verbrechenstatbestand, der mit Freiheitsstrafe nicht unter 5 Jahren bestraft wird.

Das OLG Hamburg hat in einer Entscheidung aus dem Jahr 1995 (Az. 2 Ss 113/94) ausgeführt, dass dem Leiter einer JVA eine Pflicht zur Erstattung von Strafanzeigen aus §§ 2, 156 Abs. 2 Satz 2 StVollzG b obliegt. Das OLG hat hierzu ausgeführt, dass nur durch die sofortige Strafanzeige der Polizei und Staatsanwaltschaft die Möglichkeit eröffnet ist, die Fälle aufzuklären.

Eine solche sofortige Strafanzeige ist jedoch auf Anweisung von Frau Mauruschat nicht erfolgt. Hierdurch wurde die Beweissicherung und damit die effektive Strafverfolgung behindert.

Ich bitte Sie daher, den Sachverhalt unter allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Dornquast